

Absage an das aufgeklärte Subjekt

Die Zeit,
23. Mai 1997,
14.

Danilo Zolos Plädoyer für eine „realistische Theorie der Politik“ / Von Patrick Horst

Nicht Gott ist tot, aber das autonome Subjekt: „Ich denke, also bin ich nicht“ – so könnte man das schon nicht mehr ganz neue erkenntnistheoretische Paradigma der Sozialwissenschaften am Ende des Millenniums auf den Nenner bringen. Wie kein zweiter epistemologischer Ansatz verkörpert die Systemtheorie das Abdanken des aufklärerischen Geistes. Nach ihrem Credo sind es nicht mehr zurechnungsfähige Individuen, die etwas in der Welt bewirken, sondern „funktionelle Codes“, welche die in Subsysteme differenzierte Gesellschaft regieren. Danilo Zolo, Rechtsphilosoph aus Florenz, hat sich hoffnungslos in den Netzen der Systemtheorie verstrickt: Das Subjekt „kann sich nicht objektiv erkennen, und genausowenig kann es seine Umwelt objektiv erkennen“, sagt er uns gleich zu Anfang. Warum also sollten wir sein Buch dennoch lesen?

Die Antwort lautet: Weil im Ernst natürlich kein Mensch von sich glaubt, daß er unzurechnungsfähig sei – Zolo schon gar nicht. Immerhin will er ganz unbescheiden fast den ganzen Traditionsbestand der abendländischen Philosophie, „die gesamte demokratische Enzyklopädie“ von Aristoteles bis John Rawls, in den Orkus werfen. Die Grundvoraussetzung der aristotelischen und liberaldemokratischen Politiktheorie – die Autonomie, Rationalität und Verantwortlichkeit des Individuums – sieht er durch die „Informationsrevolution“ negiert. Das Individuum mutiere zum manipulierten, willenlosen Stück Treibholz, das von der Flut realitätsverzerrender Bilder fortgerissen werde. Der einzelne wisse nicht mehr, ob er sich im Film oder in der Realität befinde. Zolo plädiert deshalb „für eine realistische Theorie der Politik“, die die Dinge beim Namen nennt. Für ihn heißt das vor allem: Wir sollten nicht von Demokratie reden, wo keine ist.

Zolo verrichtet ein gigantisches Zerstörungswerk. Mit Inbrunst verdammt er vor allem die „moralistischen“ Politikentwürfe – von Aristoteles über Rousseau, Marx und Hannah Arendt bis hin zu den Kommunitariern von heute. Das republikanische Ideal des tugendhaften Bürgers sei eine Chimäre. Wo dieses Ungeheuer aufgetreten sei – ob im Athen des Perikles oder im Rom Ciceros –, habe es sich immer um „oligarchisch-totalitäre Regime“ gehandelt. Nichts anderes lasse sich von

den modernen Gesellschaften sagen, die sich dem radikaldemokratischen Ideal des nach Gleichheit und Gerechtigkeit strebenden Bürgers verschrieben. Weil das rationale Individuum, welches das eigene Wohl und das der anderen erkennen kann, nicht existiere, könne die Politik auch nicht beanspruchen, die Gesellschaft als Ganzes zu regulieren. Das politische System sei nicht mehr als ein „funktionelles Subsystem neben anderen“, ein gesetzmäßig oligarchisches dazu.

Obwohl alle repräsentativen und „neoklassischen“ Demokratietheorien die Grenzen der Politik – und der Demokratie – anerkennen, verfallen auch sie laut Zolo einem grundlegenden Irrtum. Zolo bringt ihn auf den Begriff vom „Mythos der Repräsentation als Anpassung“: Obzwar ursprünglich eine nichtdemokratische Institution, wird die Repräsentation von den Neoklassikern zum Wesenselement der modernen Demokratie



Danilo
Zolo

stilisiert. Repräsentation ist demnach nicht mehr die verantwortliche Ausübung von Herrschaftsgewalt, sondern wird zum idealisierten Transmissionsriemen unmittelbarer Demokratie, der dem wahren Volkswillen Ausdruck verleiht. Selbst noch der ausgeprägte Elitismus eines Schumpeter erscheint Zolo viel zu idealistisch. Auch Schumpeter verzichtet nämlich nicht auf die zentralen „Illusionen“ repräsentativer Demokratie: Er läßt nicht ab von der „Kategorie des Gemeinwohls“; er hängt einer unrealistischen Idee von „Responsivität und Konsens“ an; und er „gibt die Voraussetzung der kognitiven und moralischen Autonomie der Bürger nicht auf“.

Das aber tut Zolo – und zwar total. Er sieht einen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, der in seinem Nihilismus weit über das hinausgeht, was der junge Habermas beschrieb, bevor er seine optimistischere Version der Diskursethik entwickelte. Anders als Habermas heute sieht Zolo kei-

Unser Rezensent ist Politikwissenschaftler in Hamburg. Für seine Dissertation über Haushaltspolitik in den USA und der Bundesrepublik erhielt er 1995 den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestags

nerlei demokratisches Potential der multimedialen Informationsgesellschaft. Dem modernen Menschen bleibe nichts anderes, als das selektiv verzerrte Wirklichkeitsbild der Medien als „wahre gesellschaftliche Wirklichkeit“ hinzunehmen. Die Alternativen seien: „Schweigen, Trägheit oder Wahnsinn“. Zolo sieht die Welt von heute bevölkert mit Nietzsches „letzten Menschen“: „Sklaven und Barbaren – bar jeder Fähigkeit, zu sprechen und zu kommunizieren“. Und er schleudert den Theoretikern der repräsentativen Demokratie seine Erkenntnis entgegen, daß die „Demarkationslinie zwischen Demokratie und Totalitarismus“ unhaltbar sei: Die manipulative Wirkung der Massenmedien gehe in demokratischen Staaten „weitaus tiefer“ als in totalitären.

Aus Zolos Demokratiekritik läßt sich unschwer eine Theorie rekonstruieren, die nur als Abgesang auf das Erbe der Aufklärung bezeichnet werden kann. Er plädiert nämlich für eine Rückbesinnung auf den politischen Realismus eines Thomas Hobbes und eines Machiavelli: „Politik wird nicht von den Grundsätzen der Gerechtigkeit bestimmt, sondern vom Interesse des Stärkeren.“ Das „Grundparadox der Macht“ wird durch das Verhältnis von „Politik und Angst“ definiert. Der Leviathan muß – um seinen alleinigen Zweck, die Sicherstellung der Ordnung, zu erfüllen – „das ‚Schwert‘ benutzen, denn es flößt Angst ein, und dadurch gelingt es, die in der Gesellschaft verbreitete Angst zu neutralisieren“.

Zolo versichert uns natürlich, daß für ihn Carl Schmitts Freund-Feind-Schema nur eine „totalitäre Version“ seines „agonistischen Politikentwurfs“ darstellt. Nimmt man aber seine Absage an das autonome, aufgeklärte Subjekt hinzu, so läuft es unweigerlich auf den totalen Staat hinaus. Den „demokratischen Fürsten“ rät Zolo mit Machiavelli zur List: „Die Menschen urteilen im allgemeinen mehr nach dem, was sie mit den Augen, als nach dem, was sie mit den Händen wahrnehmen. Alle sehen, was du scheinst, aber nur wenige erfassen, was du bist.“ Da sollten es die Fürsten – und Untertanen – dieser Tage, wenigstens in diesem einen Punkt, doch lieber mit Nietzsche halten: „Man lügt wohl mit dem Munde, aber mit dem Maule, das man dabei macht, sagt man doch die Wahrheit.“ Das würde uns allen besser bekommen.

● **Danilo Zolo:**

Die demokratische Fürstenherrschaft

Für eine realistische Theorie der Politik;

Steidl Verlag, Göttingen 1997;

256 S., 38,- DM